



Sie nennen sich die „wahren Freunde der Dienstleistungen“ und betreiben in Wirklichkeit den Ausverkauf unserer Gemeinden *PSI verurteilt Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen*

Diese Woche findet in Genf, in der Schweiz, ein Regierungstreffen statt, bei dem im Geheimen über den Vorschlag für ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (*Trade in Services Agreement/TISA*) verhandelt wird.

Die an den TISA-Verhandlungen teilnehmenden 48 Länder sind offenbar entschlossen, sich den Wünschen der Konzerne zu beugen und die Länder durch Handelsabkommen zu einer radikalen Liberalisierung und Deregulierung zu verpflichten, um den Konzernen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, der Landwirte, der NutzerInnen von Diensten und der Umwelt – kurz gesagt, auf Kosten der Menschen – zu noch mehr Gewinnen zu verhelfen.

Hinter TISA steht die Absicht, das Recht der Regierungen zur Schutz des Gemeinwohls und der öffentlichen Investitionen über das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und die Bestimmungen des Freihandelsabkommens (FTA) hinaus noch stärker einzuschränken.

In einer Stellungnahme sagt die Generalsekretärin der Internationalen der Öffentlichen Dienste Rosa Pavanelli dazu: „Wir rufen unsere Mitgliedsorganisationen auf, von ihren nationalen Regierungen den Abbruch der Gespräche über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen zu verlangen und darüber hinaus die ArbeitnehmerInnen und Gemeinden gegen diesen Deal zu mobilisieren, der ein Angriff auf die öffentlichen Interessen ist.“

„Wir sind überzeugt, dass es bei diesen Gesprächen nur darum geht, die öffentlichen Dienste privaten und ausländischen Konzernen zu überlassen, deren ausschließliche Motivation der Profit ist. Damit wird das Recht der Menschen auf leistbaren Zugang zu lebenswichtigen öffentlichen Diensten wie der Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung und der Bereitstellung von Bildung, sozialen Diensten und Pensionen untergraben und der Ausbeutung von Gemeingütern und natürlichen Ressourcen Tür und Tor geöffnet.“

Die am Verhandlungstisch sitzenden Länder sind allesamt Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), die eine Mehrheit der Mitgliedschaft der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vertreten, sowie acht Entwicklungsländer; sie bezeichnen sich selbst als die „wahren Freunde der Dienstleistungen“. Der Vertragsentwurf beabsichtigt eine wesentliche Liberalisierung jedweden Handels mit Dienstleistungen, so auch des Baugewerbes, der Finanzdienstleistungen, der öffentlichen Dienste und der von Unternehmen und Berufsgruppen erbrachten Dienstleistungen. Das Abkommen würde alle Regulierungen über einen Kamm scheren und pauschal einschränken.

Pavanelli fügt hinzu: „Wenn die Regierungen so zuversichtlich sind, dass sie im Interesse der von ihnen vertretenen Menschen handeln, warum verhandeln sie dann immer noch im Geheimen und auf diese undemokratische Weise? Dieses Abkommen stinkt zum Himmel. Es ist inakzeptabel, dass wir von unseren eigenen Regierungen von den Gesprächen über Gesetze und politische Entscheidungen ausgeschlossen werden, die sich auf die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die Gleichstellung und die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen auswirken.“

„Darüber hinaus dürften die Regierungsspitzen nichts aus der Finanzkrise gelernt haben: Anstatt eine

media release... communiqué de presse... comunicado de prensa...

La Internacional de Servicios Públicos es una federación sindical mundial que representa a 20 millones de trabajadores y trabajadoras que prestan servicios públicos esenciales en 150 países. La PSI defiende los derechos humanos, promueve la justicia social y el acceso universal a servicios públicos de calidad. La PSI trabaja con el sistema de las Naciones Unidas y en colaboración con entidades de la sociedad civil, sindicatos y otras organizaciones.

stärkere Regulierung der Finanzmärkte zu beschließen und öffentliche Ausgaben zu fördern, unterwerfen sie sich der Gier der Konzerne und der Märkte und betreiben den Ausverkauf unserer Gemeinden.“

TISA setzt sich auch für die Liberalisierung des so genannten vorübergehenden Verkehrs natürlicher Personen ein, also von WanderarbeitnehmerInnen, ohne einen gesetzlichen Schutz ihrer Menschenrechte zu gewährleisten. Arbeitnehmer sind keine Ware; die Migration fällt nicht in die Kompetenz von Handelsabkommen, sondern muss im Rahmen der dreigliedrigen Struktur der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verhandelt werden.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste steht mit ihrer Forderung, dass die verhandelnden Länder die öffentlichen Dienste aus einem solchen Abkommen ausschließen, nicht allein da. Der internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) schließen sich dieser Forderung ebenso an wie rund 330 bedeutende Organisationen der Zivilgesellschaft, die das Abkommen ebenfalls ablehnen. Diese Gruppen, die weltweit zigmillionen Menschen vertreten, fordern die Regierungen und die WTO in einem gemeinsamen Brief zum Abbruch der Gespräche auf.

„Es ist an der Zeit, Transparenz zu fordern“, so Pavanelli. „Die Medien müssen endlich darüber berichten, was im Geheimen passiert. Es ist höchste Zeit, dass die Menschen und die Arbeitnehmer darüber entscheiden, was das Beste für unsere Gemeinden ist. Es ist höchste Zeit für Demokratie – und für ein Ende der Gier.“

ENDE